

Pressemitteilung

Deutscher
Gewerkschaftsbund

Pressestelle NRW

**Gesamtschulstreit in NRW
DGB/GEW: Max-Planck-Institut arbeitet unseriös!**

PM 067/98

19.05.98

"Wir fordern das Max-Planck-Institut auf, endlich die gesamte Studie der interessierten Fachöffentlichkeit zugänglich zu machen."

So reagierte der DGB-Landesvorsitzende Walter Haas heute in Düsseldorf auf die Strategie, die Ergebnisse der Studie zur Leistungsfähigkeit nordrhein-westfälischer Gesamtschulen in kleinen Häppchen der Öffentlichkeit vorzustellen. Immer wieder hätten die Vertreter des noch angesehenen Instituts in letzter Zeit die Gegner der Gesamtschule munitioniert und Details der Untersuchung in die Öffentlichkeit lanciert.

Auch der nordrhein-westfälische GEW-Vorsitzende Jürgen Schmitter schloß sich dieser Forderung an, um Ergebnisse und wissenschaftliche Methodik besser beurteilen zu können. Nach Schmitters Auffassung demontiert sich das Institut selbst, wenn es die Überprüfungen der eigenen Thesen verhindert, gleichzeitig aber im politischen Streit einzelnen Interessensgruppen zuarbeitet.



Verantwortlich: Postfach 10 19 55 Friedrich-Ebert-Str. 34-38 Telefon 0211-3683-110
40010 Düsseldorf (Gewerkschaftshaus) Telefax 0211-3683-100
Walter Haas Internet-Adresse: 40210 Düsseldorf
www.nrw.dgb.de gedruckt auf 100% recyceltem Material

Kommentare: Diese Presseerklärung ist insofern ein sehr aufschlussreiches Dokument, als mit ihrer Hilfe eine Vorstellung davon zu gewinnen ist, mit welcher Wucht sich auch der DGB in die Diskussion von durchaus offenen Fragen der Bildungspolitik eingemischt hat, die eigentlich nicht seine Sache waren. - Offensichtlich ahnten jedoch zu diesem Zeitpunkt weder Walter Haas noch Jürgen Schmitter, was bei einer Veröffentlichung aller dem MPIB vorliegenden BIJU-Befunde auf sie zukommen würde.

Aber das änderte sich bald. Die im Spätsommer 1998 einsetzenden, an Mobbing grenzenden Attacken auf das MPIB, insbesondere auf Olaf Köller, führten dazu, dass es seit dem Herbst 1998 vom MPIB keine einzige Veröffentlichung aus dem Forschungsprojekt „BIJU“ mehr gab, die „auch ohne Kenntnis der Statistik verständlich ist, aber doch so viele Informationen enthält, dass der Leser sich ein selbstständiges Urteil über unsere Interpretation der Ergebnisse bilden kann“. Das war 1996 im 2. Zwischenbericht für die am Projekt „BIJU“ teilnehmenden Schulen noch so versprochen (S.5) und auch gehalten worden.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang an den „Aufruf zu einer Erbsen-Sammel-Aktion“, der im Sommer 1998 vom Landeselternrat der Gesamtschulen in NRW e.V. an den Gesamtschulen verteilt worden war: Die Erbsen sollten am 16.9.1998 an Frau Ministerin Behler in mit „TIMSSchleifen“ verschnürten „BIJU-Säckchen“ übergeben und dann am 17.9.1998 dem Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin überreicht werden. Diese Aktion des Landeselternrates wurde unterstützt von der Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen NRW und der sogenannten „Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V.“. Dieser Aufruf hat tatsächlich im Sommer 1998 an etlichen Gesamtschulen über einen längeren Zeitraum ausgegangen. Solche und andere Aktionen (wie zum Beispiel auch die nachfolgend beschriebene) führten zu einer Zurücknahme der sich anbahnenden Transparenz des MPIB-Informationsverhaltens.

Der Hauptvorstand der GEW hatte unter dem Eindruck der im 2. BIJU-Zwischenbericht von Olaf Köller beschriebenen ungünstigen Entwicklung des Sozialverhaltens von NRW-Gesamtschülern bei einem Konstanzer Privatdozenten eine „Expertise“ in Auftrag gegeben, die diese Kritik entschärfen sollte. Sie wurde im Juli 1999 von Baumert, Köller und Schnabel in scharfer Form abgetan: „Die Lind'sche Stellungnahme ist keine wissenschaftliche Expertise, sondern ein politisches Pamphlet. Die grob unzutreffende Wiedergabe der kritisierten Positionen ist nur im Rahmen dieser Literaturgattung verständlich.“